

Datum: 09.04.2009

„Spielgeld für das globale Casino“

Kammern und April-Netzwerk warnen vor „gravierenden Risiken“ bei privaten Schulsanierungen

Riskant, mittelstandsfeindlich und rechtlich bedenklich: Das Urteil der Ingenieur- und der Architektenkammer über die geplanten PPP-Projekte der Stadt fällt vernichtend aus. Auch die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi und das Antiprivatisierungsnetzwerk April warnen die Kommune davor, Schulen von privaten Partnern sanieren und unterhalten zu lassen. Der Stadtrat soll in zwei Wochen eine Entscheidung treffen.

In einem gemeinsamen Brief an alle Ratsfraktionen appellieren beide Standesvertretungen an die Stadträte, die Finger von dem millionenschweren Finanzierungsvorhaben zu lassen. „Neben gravierenden Risiken für die Stadt Leipzig“ entzöge es „den mittelständischen Unternehmen der Region ein sehr umfangreiches Auftragsvolumen“, prophezeiten Jürgen Gutsfeld, Vize-Vorsitzender der sächsischen Ingenieurkammer, und Berthold Crimmann, Vorsitzender der Architektenkammer-Gruppe Leipzig. Beide haben die Wirtschaftlichkeitsberechnung, auf deren Grundlage die Rathauspitze das PPP-Projekt dem Stadtrat empfiehlt, genauer unter die Lupe genommen.

Angesichts eines aktuellen Investitionsstaus im Bildungsbereich von 490 Millionen Euro preist Finanzbürgermeisterin Bettina Kudla (CDU) Public Privat Partnership (PPP) als „neuen Weg bei der Sanierung und Bewirtschaftung von Schulen“ (die LVZ berichtete). 60 Millionen Euro könnten so kurzfristig zusätzlich fließen. Geld, das für fünf Schulen reicht. Gegenüber herkömmlichen Bankfinanzierungen spart die Stadt laut Kudla durch das halbprivate Modell 15,4 Millionen Euro. Und das geht so: Die Kommune schreibt das Paket, das Sanierung und Unterhaltung der fünf Schulen über einen Zeitraum von 25 Jahren beinhaltet, europaweit aus. Im Regelfall bewerben sich große Baufirmen. Während der Vertragslaufzeit zahlt die Stadt an den Investor nur Miete und hat darüber hinaus mit den Immobilien nichts zu tun. Das Gesamtvolumen des Geschäfts liegt bei 190 Millionen Euro.

„Die Absicht, so viele Schulen wie möglich kurzfristig zu sanieren, wird von beiden Kammern prinzipiell unterstützt“, heißt es in dem Brief von Gutsfeld und Crimmann. Es müsse nur sichergestellt sein, dass dabei geltendes Recht nicht unterlaufen wird. Konkret: die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure sowie der Verdingungsordnung für Bauleistungen. „Aber genau darauf baut der Wirtschaftlichkeitsnachweis der Vorlage auf“, kritisierten sie. Bei den Baunebenkosten sei von Einsparungen von 27,51 Prozent die Rede. Die Berechnung basiere zudem darauf, dass die Stadt auf einen eigenen Architekten oder Ingenieur als Treuhänder verzichtet. Das könne nicht als „Vorteil gewertet werden“. Im Klartext bedeute das nämlich: „Der beim Investor angestellte Architekt/Ingenieur überprüft die Einhaltung der zwischen Stadt und Investor vertraglich festgelegten Qualitätskriterien.“ Die Stadt würde sich damit dem privaten Partner völlig ausliefern. Nicht zuletzt gingen die erhofften Einsparungen auf kommunaler Seite zu Lasten von Handwerkern. Es müsse davon ausgegangen werden, so Gutsfeld und Crimmann, dass der private Partner – egal ob er aus Deutschland oder einem europäischen Land kommt – „kleine und mittelständische Betriebe weit unter Tarif“ beauftrage oder „seine Firmen“ gleich mitbringe.

„Finanzielle Risiken für die Stadt, die heute absolut nicht kalkulierbar sind“ sehen die Kammervertreter zudem in der langen Laufzeit von 25 Jahren. Darin sieht auch die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi ein Grundproblem von PPP-Verträgen: „Ähnlich wie Cross-Border-Leasing muss die Stadt das Schulkonzept, die Schülerzahl, die Nutzung überhaupt sicherstellen. Eventuelle Veränderungen gehen zu Lasten Leipzig.“ Ines Jahn, Verdi-Chefin für Leipzig/Nordsachsen, und ihr Gemeinde-Experte Michael Grätz erinnerten daran, dass die Stadt Chemnitz ihre PPP-Planungen wieder verworfen hat: „Die oftmals angegebenen 15 bis 20Prozent Einsparpotenzial sind noch nirgendwo tatsächlich darstellbar. Im Gegenteil, es gibt dagegen eine Reihe von negativen Erfahrungen.“ Die Stadt trage über die gesamte Laufzeit des Vertrages nahezu alle Risiken. Der private Partner erhalte aber „eine garantierte Zahlung für seine Bauträgerleistung, die Bewirtschaftung der Objekte und die Beschaffung der Finanzen auf dem Markt“.

„Mit einem PPP-Projekt über Zeiträume von vielen Jahren kauft man die sprichwörtliche Katze im Sack“, kritisiert Jens Naumann vom Antiprivatisierungsnetzwerk April. Ähnlich wie Cross-Border-Leasing-Geschäfte, die durch die Finanzmarktkrise „zum unberechenbaren Risiko für viele deutsche Kommunen“ geworden sind, sicherten PPP-Verträge durch die Abtretung von handelbaren Forderungen an Banken „die langfristigen Gewinne von Baukonzernen und Banken – und gibt letzteren neues Spielgeld für das globale Casino.“ *Klaus Staebert*

Datum: 09.04.2009